



„Dissidenten“ im Apparat

Kurz vor Ausbruch der ersten Streiks Anfang Juli erhielt das Zentralkomitee der „Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei“ eine vertrauliche Studie, welche die ZEIT in diesem Dossier aus dem Verborgenen veröffentlicht („Ohne Druck von unten keine Reform von oben“, Seiten 3–6).

Der Originaltitel der 75-Seiten-Schrift — „Wie kommen wir da raus?“ — erinnert fatal an Lenins berühmtes Revolutionstraktat „Was tun?“. Doch die Verfasser sind keine radikalen Systemverweigerer aus dem Dissidenten-Untergrund, die fernab aller politischen Macht die totale Erneuerung predigen — im Gegenteil.

Die Autoren stammen allesamt aus der locker organisierten Gruppe „Erfahrung und Zukunft“, die fest im polnischen Establishment verwurzelt ist. Grundlage ihrer programmatischen Denkschrift war eine Umfrage unter 141 Vertretern der polnischen Führungsschicht: Wissenschaftler, Journalisten, Industriemanager, Kirchen-Aktivisten und eine verblüffend hohe Zahl (51) von Parteimitgliedern.

Die Enquete-Mitarbeiter sind Teil und Nutznießer des herrschenden Systems; sie rütteln weder an der Vorherrschaft der kommunistischen Partei noch an der Vorherrschaft des sowjetischen Bündnisführers. Die Kritik kommt also von innen, nicht von außen — und gerade das macht diesen Bericht brisanter als jede Brandschrift aus dem Lager der Dissidenten.

Die Sprache ist dürres, verklausuliertes Partei-Polnisch, die Kritik vernichtend. Es ist nicht weniger als eine halb-offizielle Selbstanklage der tonangebenden Elite. Oder wie es das Gros der Befragten ausdrückte: „Die gegenwärtige Krise in Polen ist im wesentlichen politischer und gesellschaftlicher Natur; deshalb hängt der Erfolg aller Wirtschaftsreformen von Reformen im System der Politik und der Machtausübung ab.“ Prophetische Worte: Als die Streiks vor 50 Tagen aufflackerten, ging es zunächst nur um wirtschaftliche Beschwerden; inzwischen steht längst die Politik auf dem Spiel.

Der Bericht appelliert an die Bevölkerung, endlich die Rechte einzuklagen, die seit Jahrzehnten in der Verfassung verankert sind. Er fordert eine „totale Veränderung in der Arbeitsweise“ der Medien und „gesetzliche Beschränkungen der Zensur“ — sprich: Pressefreiheit. Er fordert „authentische Wahlen“ — im Klartext: ein Mitspracherecht bei der Auswahl der Herrschenden. Die führende Rolle der Partei soll zwar unangetastet bleiben, doch dafür soll eine parteiinterne „loyale Opposition“ die Kontrolle der Macht sicherstellen. Ebenso wenig werden Polens Bündnisverpflichtungen angezweifelt. Nur: Die Führung muß das Volk überzeugen, daß „alle Grundsatzentscheidungen im Lande selbst getroffen werden“.

Die Studie schließt mit einem flammenden Aufruf an das Volk: „Eine Gesellschaft, die sich ohnmächtig fühlt, ist tatsächlich ohnmächtig. Ohne systematischen Druck von unten gibt es keine Reformen von oben.“ Nur Wochen später hatten sich die streikenden Arbeiter diese Parole zu eigen gemacht: In ihren Zeitungen und Flugblättern ist die Devise „Druck von unten“ zum Leitmotiv geworden.

Josef Joffe

E 401B10